

sogar als politisches Argument ins Feld geführt. Im Hinblick auf den hier angedeuteten allgemeinen ideologischen Zustand der westdeutschen Bevölkerung konnte dieses Täuschungsmanöver, das von einem ausgedehnten Hetz- und Verleumdungsfeldzug begleitet war, nicht ohne jede Wirkung bleiben. So gelang es dem westdeutschen Imperialismus in den ersten Jahren zu verhindern, daß die zahlreichen Äußerungen, in denen die Sozialistische Kinneitspartei Deutschlands und die Regierung der Deutschen **Demokratischen** Republik ihre Besorgnis über die mit der Westdeutschen Entwicklung verbundenen Gefahren zum Ausdruck brachten, sowie die Vorschläge, welche sie zur Beseitigung dieser Gefahren unterbreiteten, nachhaltigen Einfluß auf die Massen ausgeübt hätten.

Unter diesen Bedingungen ging die vollständige Restaurierung der monopolistisch-junkerlichen Herrschaft relativ ungestört vonstatten. Zwar fand die Planung der Remilitarisierung und Wiederausrüstung bei der Bevölkerung allgemeine Mißbilligung. Neben diese vorerst überwiegend geüßelmäßige, spontane Ablehnung, deren typischer Ausdruck die sogenannte „Onne-uns-Bewegung“ war⁴, zeigte der Adenauer-Regierung die Schwierigkeiten an, mit denen sie künftig innerpolitisch zu rechnen hatte. Wie sehr sie sich davor fürchtete, daß aus der geüßelmäßigen Friedenssensibilität der Massen ein bewußter Volkssturm hervorgehen könnte, zeigte die Haltung, die sie schon den Anhängen eines solchen bewußten Kampfes gegenüber einnahm und die sich besonders in dem von ihr im November 1951 nach der Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages gestellten Antrag auf ein Verbot der KPD manifestierte⁵.

Einstweilen jedoch blieb das Regime noch vor tiefgreifenden gesellschaftlichen Erschütterungen bewahrt. Das politische Denken der Massen hatte einen Tiefstand erreicht, aus dem heraus sie die gesellschaftlichen Ursachen und Zusammenhänge, die den Untergrund für die unser ganzes Volk bedrohenden tödlichen Gefahren bildeten, nicht zu durchschauen und zu begreifen vermochten. Das Ergebnis der Wahlen zum zweiten Bundestag im September 1953 war der beste Gradmesser dafür.

II

Während der letzten vier Jahre begannen sich immer stärker verschiedene Faktoren auszuwirken, die zusammengenommen zu der wesentlich anderen Gestaltung der Situation führten, wie wir sie am Vorabend der Wahlen zum dritten Bundestag an treffen.

Was zunächst die wirtschaftlichen Verhältnisse angeht, so ist jene einst die Doktrin vom Wirtschaftswunder begünstigende Basis erheblich erschüttert worden. „Das westdeutsche Wirtschaftsbarometer steht nicht mehr auf gut Wetter.“ Die Belastung, welche die Wiederaufrüstung mit sich bringt, sowie das Auftreten krisenartiger Erscheinungen, die man euphemistisch als „Konjunkturüberhitzung“ bezeichnet⁶, haben die Möglichkeiten zur weiteren Ausdehnung der Produktion von Bedarfsgütern begrenzt und zu laufenden Preissteigerungen geführt, die nur durch sogenannte „Stillhalteabkommen“ im Hinblick auf die Wahlen zeitweilig gestoppt wurden⁷.

Auf die Dauer konnte es angesichts dieser Entwicklung nicht ausbleiben, daß sich die Werktätigen immer mehr des krassen Widerspruchs zwischen der Schaufensterfülle einerseits und den ständigen Preissteigerungen, der immer intensiveren Ausbeutung ihrer

Arbeitskraft andererseits bewußt werden mußten. Die sozialen Spannungen verschärften sich und ließen es zu solchen ausgedehnten Kampfkationen wie dem 14wöchigen Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein kommen.

Das westdeutsche Monopolkapital kann heute seiner Demagogie nicht mehr mit dem Schein einer Realität die angebliche Möglichkeit zur Erhöhung des Lebensstandards für alle zugrunde legen. Seine Propaganda saß sich gezwungen, das ehemals von ihr selbst hochgezüchtete sogenannte „Konsum-orientierte“ Denken abzubauen und statt dessen an die Massen zu appellieren, sie sollten diese „nur Konsum-orientierte Umstellung fallen lassen und intensiver über den Sinn des Lebens nachdenken“¹⁰. Immer zahlreicher begegnen uns düstere Elegien über die angebliche „Neigung zum Wohlleben...“, die schon ins Kriminelle geht¹⁰.

Die offizielle soziale Apologie mußte sich auf die mehr abstrakte, von der sozialen Wirklichkeit und ihren Widersprüchen losgelöste, damit aber auch in der Bändigung des Denkens der Massen viel beschränkter und zum Zwecke ihrer Täuschung weit weniger geeignete Lösung von der „Eigentumsbildung in Arbeiternand“ zurückziehen. Dabei kommt selbst in der vorgenommenen Differenzierung zwischen verschiedenen Rechtsformen, mit deren Hilfe dieses Manöver bewerkstelligt werden soll, zum Ausdruck, welche Gefahr schon das sich im ökonomischen Kampf entwickelnde spontane Aufbegehren der Arbeiterklasse für das Regime bedeutet. Eine Gesetzesvorlage der Adenauerpartei, mit der ursprünglich der Ausbreitung des sogenannten innerbetrieblichen Miteigentums eine juristische Grundlage gegeben werden sollte, verschwand in der Schublade, weil man befürchtete, daß diese Form des „Eigentums“ im Bewußtsein der Arbeiter schon eine zu enge Verknüpfung mit sozialpolitischen Zielsetzungen herbeiführen, zum Gegenstand von Arbeitskämpfen gemacht werden und so dem „viel tiefer begründeten Streben nach breiter Streuung des Eigentums eine gefährliche, dem gesellschaftlichen Frieden nicht dienliche Dynamik geben“ könne. Als dem „naturrechtlichen Sinn der Einrichtung des Privateigentums“ besser entsprechend wurde darum dem sogenannten Investment-Sparen, vor allem aber der „Volksaktie“ der Vorzug gegeben, weil diese am besten zur Erhaltung der individuellen Isolierung und zur Schaffung der Illusion geeignet erschien, als ob dem Arbeiter ein individuelles „Verfügen kraft Eigentumsrecht“ möglich gemacht sei^{18 19 20 21} * * * * *. Die außerordentlich geringe Beteiligung der Arbeiterschaft am Investment-Sparen¹ sowie die sofort einsetzenden Aktionen gegen die „Volksaktien“-Kampagne beweisen die Schwäche jener ideologischen Rückzugsposition auf ökonomischem Gebiet.

Ebenfalls von der Furcht vor der Tatsache diktiert, daß die Massen infolge der zunehmenden sozialen Widersprüchlichkeiten aus ihrer individualistischen Denkweise heraustreten und sich in Kampfkationen zusammenschließen könnten, die mehr und mehr politischen Charakter annehmen, ist auch die Absage an den sogenannten Wohlfahrtsstaat. In der Rede, die der Bundestagspräsident Gerstenmaier auf dem Hamburger Parteitag der Adenauerpartei hielt, nahm diese Furcht geradezu hysterische Formen an. Seine frappierende Behauptung, daß sich die Bundesrepublik „in nicht wenigen Bereichen der Sozialgesetz-

¹⁸ Schrewe, In Der Arbeitgeber, 1955, H. 19, S. 648.

¹⁹ Industriekurier vom 31. Dezember 1955; der Herausgeber des „Rheinischen Merkur“, P. W. Wenger, verstieg sich sogar dazu, die wachsende Kriminalität in Westdeutschland als „Wohlstandskriminalität“ hinzustellen und unter ihren wahren Ursachen den Marxismus (!) mit anzuführen: siehe Rheinischer Merkur vom 27. Juli 1956.

²⁰ vgl. hierzu das Interview mit dem Papst-Berater Gundlach, Professor an der Gregoriana in Rom, in Rheinischer Merkur vom 26. April 1957.

²¹ Die „Union-Investment-GmbH“ in Frankfurt/M. beispielsweise hatte im Mai dieses Jahres 232 340 50-DM-Anteile im Umlauf. Davon besaßen: 44 % sog. Festbesolde, 30 % Selbstständige, 15 % Hausfrauen. Die Arbeiter rangieren verschämt in der 11% Kategorie Sonstige hinter den Rentnern (1).

¹⁴ siehe dazu Weißbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik, Berlin 1951, S. 191.

¹⁵ vgl. hierzu Kröger, Einleitung in: Das Schandurteil von Karlsruhe, Berlin 1957, S. 10 f.

¹⁶ vgl. Agricola, Der gegenwärtige Stand der ökonomischen Wissenschaft in Westdeutschland, Berlin 1956, S. 12 f.

¹⁷ vgl. Konjunkturbericht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen, zit. nach Bundesnachrichtendienst 24/57, S. 118; ferner Süddeutsche Zeitung vom 12. April 1957.